

Globale Migration und Zusammenhalt diverser Gesellschaften

Cornelia Schu

Gibt es einen Zusammenhang zwischen globaler Migration und dem Zusammenhalt diverser Gesellschaften? Wie dieser aussehen könnte und was zu tun ist, damit sie keine Gegensätze werden, darum soll es in diesem Beitrag gehen. Im Fokus stehen dabei Zusammenhänge bezogen auf die Einstellungen in der Bevölkerung; der Beitrag blendet bewusst die vielfältigen anderen (in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen) erörterten Dimensionen der Fragestellung aus.

Starten wir mit einer Beobachtung: Das Thema Migration spielte – zumindest bis zu Russlands Invasion der Ukraine – eine zentrale Rolle im französischen Wahlkampf. Migration und als gescheitert dargestellte Integration sind als Thema wunderbar geeignet, um Menschen zu mobilisieren – und zwar für rechtspopulistische bzw. -extremistische Parteien, die versprechen, Zuwanderung und vor allem die Aufnahme von Flüchtlingen weitgehend zu stoppen. Hier stiftet die Ablehnung von Migration in gewisser Weise Zusammenhalt, allerdings nur in einer Ingroup und um den Preis, dass Grundfesten der offenen liberalen Gesellschaft preisgegeben werden. In ähnlicher Weise wurde und wird Zuwanderung auch in anderen europäischen Ländern zur Mobilisierung genutzt.¹

¹ Vgl. MIDEM: »Migration und Europa. Jahresbericht 2019«, Dresden (2019). Der Bericht zeigt, dass Rechtspopulisten in den Ländern Europas im Zuge der verstärkten Flüchtlingszuwanderung Zulauf hatten, in denen das Thema Migration den politischen Diskurs dominierte.

Migration und die Debatte um Migration sind nicht dasselbe

Die grundsätzliche Besorgnis vieler Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union bezogen auf Migrationsfragen zeigt seit Jahren immer wieder auch die Eurobarometer-Umfrage von EU-Kommission und Europäischem Parlament.² Dass allerdings kein zwangsläufig negativer Zusammenhang zwischen beiden Themen besteht, beweist – um nur eines zu nennen – das Beispiel Kanadas, wo Einwanderung und Multikulturalismus traditionell zum Selbstverständnis gehören. Man ist also gut beraten, zwischen empirischer Migration und der Debatte über Migration zu unterscheiden. Die Debatte über die Veränderung von Gesellschaften durch Migration sollte auch nicht vergessen lassen, dass sie als Kristallisationspunkt für das Unbehagen mit vielfältigen Pluralisierungs- und Transformationsprozessen und die daraus resultierenden Ermüdungserscheinungen dient, die in modernen Gesellschaften beobachtet werden. Exemplarisch seien hier nur die Vervielfältigung von Lebensformen oder die abnehmende Bindewirkung von Institutionen wie Kirche oder Gewerkschaften, die Globalisierung sowie die massiven Transformationen infolge des Falls der Mauer und des Auseinanderbrechens des ehemaligen Ostblocks genannt.

Im Folgenden sollen einige wenige empirische Ergebnisse zur Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und zum Miteinander in der Einwanderungsgesellschaft präsentiert und auf dieser Basis einige Vorschläge dazu abgeleitet werden, wie es gelingen kann, Migration und Zusammenhalt in einer liberalen Demokratie zu verbinden.

Was sagt die Empirie zum Zusammenhalt in Deutschland? Eine Schwierigkeit besteht darin, dass es notorisch schwer ist, diesen zu messen. Hier-

2 Die jüngste Umfrage zu den wichtigsten globalen Herausforderungen für die Zukunft der EU ergab, dass die Hälfte der Europäerinnen und Europäer (49 %) den Klimawandel an der Spitze sehen, gefolgt von Gesundheit (34 %). Erneut unter den Spitzenreitern liegen Zwangsmigration und Vertreibung (rund 30 %). Gefragt nach den größten Herausforderungen speziell für die EU nennen die Befragten am häufigsten soziale Ungleichheiten (36 %), Arbeitslosigkeit (32 %) und Migrationsfragen (31 %). In Deutschland sehen 37 Prozent dieses Thema als besonders wichtig an. Vgl. EU-Kommission/Europäisches Parlament (Hg.): »Spezial-Eurobarometer 517: Die Zukunft Europas«, 2021, S. 89. <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2554>

zu gibt es in der Forschung unterschiedliche Ansätze.³ Näherungsweise soll hier auf einen der verwendeten Indikatoren zurückgegriffen werden, nämlich die Zugehörigkeit zur Gesellschaft aus der Perspektive der Bevölkerung. Entsprechende Fragen wurden beispielsweise im Integrationsbarometer 2016 des SVR gestellt, in dessen Rahmen die Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte befragt wurde. Gefragt wurde unter anderem danach, wer eigentlich zur deutschen Gesellschaft gehört, welche Kriterien hierfür entscheidend sind und wie zugehörig sich Menschen hier fühlen. Es zeigte sich, dass es ein starkes Zugehörigkeitsempfinden zur Gesellschaft in Deutschland gibt. Die Zustimmungswerte lagen bei den Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte bei über 90 Prozent, bei denen mit Zuwanderungsgeschichte rund 5 Prozentpunkte darunter. Am geringsten ausgeprägt waren die Zugehörigkeitsgefühle bei Befragten mit türkischem Migrationshintergrund, von denen über ein Viertel sich Deutschland eher nicht oder gar nicht zugehörig fühlt (knapp drei Viertel allerdings sehr wohl). Weitergehende Analysen belegen einen klaren Zusammenhang zwischen der Zuwanderergeneration und der Intensität des Zugehörigkeitsgefühls: Befragte aus der zweiten Generation fühlen sich stets stärker zugehörig als die der ersten Generation.

Auch Ausgrenzungserfahrungen wurden thematisiert. Die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund fühlte sich nicht von der Gesellschaft ausgeschlossen. Allerdings waren muslimische Türkeistämmige mehrheitlich der Auffassung, dass Menschen ihrer Herkunft aus der Gesellschaft in Deutschland ausgeschlossen sind.⁴ Aus einer anderen Studie des SVR-Forschungsbereichs wissen wir, dass ein sichtbarer Migrationshintergrund (zum Beispiel durch Hautfarbe, Kopftuch) oder ein hörbarer Migrationshintergrund (Akzent) die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass Menschen Diskriminierungserfahrungen machen.⁵ Dass Rassismus und Diskriminierungserfahrungen das Zugehörigkeitsgefühl negativ beeinflussen, ist generell in der Forschung gut belegt.

3 Vgl. Deitelhoff, Nicole/Groh-Samberg, Olaf/Middell, Matthias (Hg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt a.M.: Campus Verlag 2020.

4 Vgl. SVR: »Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland«. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin (2016).

5 Vgl. SVR-Forschungsbereich: »Wo kommen Sie eigentlich *ursprünglich* her?« Diskriminierungserfahrungen und phänotypische Differenz in Deutschland. Policy Brief, Berlin (2018).

Damit stellt sich die Frage, welche Kriterien in den Augen der Personen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte die Zugehörigkeit zur Gesellschaft in Deutschland bestimmen und wie es mit der Akzeptanz von migrationsbedingter Diversität aussieht. Diese Frage hat der SVR in seinem Jahresgutachten 2021 erörtert und dabei diverse Surveydaten ausgewertet.⁶

Die Akzeptanz von Diversität steigt

In der deutschen Bevölkerung ist die Akzeptanz von Diversität demnach gestiegen, das zeigen entsprechende Langzeitdaten. Zuwanderung wird zunehmend als Bereicherung empfunden, und Zugewanderten wird grundsätzlich das Recht auf Teilhabe zugesprochen. Zugleich hat sich in der Bevölkerung ein Selbstverständnis durchgesetzt, nach dem Zugewanderte Teil der deutschen Gesellschaft sind. Das zeigt sich beispielhaft daran, als wie wichtig Befragte bestimmte Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft ansehen: Eine Mehrheit der Befragten erachtet Kriterien, die durch eigenes Zutun erlangt werden können, wie einen festen Arbeitsplatz (und damit die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts), Straffreiheit oder gute Deutschkenntnisse als wichtig für die Zugehörigkeit zur Gesellschaft. Auch die Anpassung an den hiesigen Lebensstil (was immer die Antwortenden darunter verstehen) wird genannt, und zwar 2016 häufiger als noch 1996.⁷ Im Laufe der Zeit deutlich an Bedeutung verloren haben Kriterien, die der Einzelne nicht beeinflussen kann, wie in Deutschland geboren zu sein oder deutsche Vorfahren zu haben, auch die Angehörigkeit zu einer christlichen Kirche spielt eine vergleichsweise geringe Rolle. Bei den Jüngeren ist diese Tendenz noch einmal ausgeprägter als bei älteren Befragten.

Zudem vertritt die deutsche Bevölkerung bezogen auf den Umgang mit Diversität immer stärker den Grundsatz der Gleichbehandlung. Ein Beispiel hierfür ist der Religionsunterricht in Schulen: Der Anteil der Befragten, die die Einführung eines konfessionsgebundenen muslimischen Religionsunterrichts befürworten, ist in den letzten 25 Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr

6 Vgl. für die im Folgenden kurz resümierten Ergebnisse mit Verweisen auf die Datenquellen im einzelnen SVR: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021, Berlin, Kap. C.

7 Siehe Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1996.

2016 war er erstmals höher als der Anteil derjenigen, die sich als Pflichtfach in Schulen ausschließlich christlichen Religionsunterricht wünschen. Zugleich wächst auch der Anteil derjenigen, die Religionsunterricht als Pflichtfach in staatlichen Schulen generell ablehnen – damit befürworten sie ebenfalls eine Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften in Deutschland.

Ein robuster Befund der sozialwissenschaftlichen Forschung ist, dass Kontakte zur jeweils anderen Gruppe einen entscheidenden Unterschied für die Einstellungen machen (die sog. Kontakthypothese), und diese Kontakte sind eben in durch Einwanderung geprägten Gesellschaften zunehmend alltäglich – am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, in Schule und Kita sowieso.

Deutschland wird immer mehr zum modernen Einwanderungsland

Was lässt sich aus den Befunden für die Fragestellung schlussfolgern?

Erstens: Die Bevölkerung in Deutschland hat den sich schon lange vollziehenden Wandel zu einem modernen Einwanderungsland mehrheitlich verinnerlicht. Die Herkunft wird zunehmend als weniger wichtig gesehen als der Beitrag, den Menschen hier leisten. Gleichheitsgrundsätze gewinnen in einer diversen Gesellschaft an Zuspruch. Ungleichbehandlung wird stärker abgelehnt.

Zweitens: Damit bestätigt der Blick auf die Einstellungen ein Fazit, dass der SVR in seinem Jahresgutachten 2021 zieht: Im Umgang mit steigender Diversität geht es darum, dass aus Herkunftsunterschieden keine Teilhabungleichheiten werden. Hier ist die Politik, hier sind auch staatliche Institutionen wie Schule und Polizei, hier sind aber auch die Wirtschaft und alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gefragt. Chancengleichheit muss das Ziel sein, Diversitätsstrategien oder auch Zielformulierungen sind ein Mittel.

Drittens: Neuankömmlinge und bereits hier Ansässige müssen an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken. Denn dem Mitgestalten (durchaus eine liberale Überzeugung) kommt eine zentrale Bedeutung zu, und zwar nicht nur im individuellen Eigeninteresse. Wie Studien u.a. von Klaus Böhnke gezeigt haben, ist auch gesellschaftlicher Zusammenhalt dort groß, wo

Menschen auf Selbstbestimmung setzen.⁸ Diese aktive Komponente im konkreten Zusammenhang (sei es in der Kita oder Schule der eigenen Kinder, im Verein, im Ortsteil) sollte gegenüber der öffentlichen Meta-Debatte über Zusammenhalt und den Umgang mit Vielfalt nicht zu kurz kommen oder zu geringgeschätzt werden. Hier sind Maßnahmen sinnvoll, die Engagement fördern und dazu einladen.

Viertens: Die beständige öffentliche Beschwörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts birgt das Risiko, dass eine Erwartung von Homogenität oder Störungsfreiheit geweckt wird. Dem kann man vorbeugen, indem man selbstbewusst das Aushalten von Unterschieden als Bestandteil einer pluralen Gesellschaft ausweist. In ihr gehören Kontroversen zum Alltag, die möglichst unaufgeregt geführt werden sollten. An dieser Unaufgeregtheit lässt sich allerdings noch arbeiten: Unterschiedliche Auffassungen sollten nicht zu schnell als krisenhaft gesehen oder bezeichnet werden. Sonst besteht die Gefahr, dass gleich über die Krise (von was auch immer) diskutiert wird, statt über die Themen selbst miteinander in den Dialog zu treten. Wenn es dagegen gelingt, diesen Dialog mit Gelassenheit, Selbstvertrauen in den eigenen Standpunkt und Empathie für den Standpunkt der jeweils anderen zu führen, können wir zuversichtlich sein, dass wir gesellschaftlich an Aushandlungsprozessen wachsen. In dem Fall würde der Zusammenhalt gestärkt, ohne dass er explizit beschworen werden müsste. Oder anders formuliert: Liberale Gesellschaften zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie ihren Zusammenhalt auch über die zivile Austragung ihrer Konflikte herstellen, eine Vorstellung, die gerade in illiberalen Gesellschaften zugunsten der Beschwörung von Einheit und Gemeinschaft abgelehnt wird. Insofern ist die sachliche Verhandlung über Fragen der Zuwanderung in liberaler Perspektive nicht schon eine Gefährdung des Zusammenhalts. Illiberal wäre hingegen der kategorische Ausschluss von Pluralität und Zuwanderung.

Fünftens: Ein zentraler Faktor, um Akzeptanz zu erhalten, ist die Wahrnehmung von Integration und Migration(spolitik) und -erfolgen durch die Bevölkerung. Investitionen in Integrationspolitik, in Sprachförderung, sowie ein früher Bildungs- und Arbeitsmarktzugang (um nur einige elementare Aspekte zu nennen) sind daher zentral. Zugleich ist es wichtig, dass der

8 Vgl. z.B. Koch, Michael/Boehnke, Klaus: »Kann Bürgerschaftliches Engagement den Zusammenhalt in Deutschland fördern?« In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 67:1 (2016), S. 10-20.

Staat von den Optionen Gebrauch macht, die ihm zur Verfügung stehen, um Migration zu steuern.⁹ So hat sich gezeigt, dass die Wahrnehmung einer als zu hoch und ungesteuert wahrgenommenen Zuwanderung die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sie als bedrohlich eingeschätzt wird.¹⁰ Ein liberales Einwanderungsland zu sein, in welchem Migration und Zusammenhalt in einem positiven Zusammenhang stehen, heißt insofern, klare Angebote zu machen und ebenso klare Anforderungen an Neuankömmlinge wie bereits lange hier Lebende zu formulieren.

9 Zu den Grenzen und Möglichkeiten dieser Steuerung vgl. SVR: Steuern, was zu steuern ist. SVR-Jahresgutachten 2018, Berlin.

10 Vgl. z.B. Weber, Hannes: »Attitudes Towards Minorities in Times of High Migration: A Panel Study among Young Adults in Germany«, in: European Sociological Review (2018), S. 1-19.

